

## Beschluss

---

### Keinen weiteren Quadratzentimeter mehr für die Braunkohle und Vattenfall!

Der vierte Sachstandsbericht der Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) sagt uns eine dramatische Änderung des Klimas vorher, wenn es nicht gelingt, den Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf 2 Grad zu begrenzen. Folgen werden ein Anstieg der Meere, ein weitere Zunahme von Extremwetterereignissen, Ausdehnung der Wüsten und eine Abnahme der fruchtbaren Böden sein. Ökonomen rechnen mit einem Rückgang des Weltsozialprodukts um bis zu 20%.

Der Zeitrahmen, um den Klimawandel zu begrenzen, ist eng. In der nächsten Dekade müssen die Weichen gestellt werden. Rechtzeitiges Handeln wird sich rechnen, Investitionen in den Klimaschutz machen sich bezahlt. In Sachsen lässt sich das beim Boom der Erneuerbaren Energien, die schon doppelt so viele Arbeitsplätze wie die Kohlewirtschaft bereitstellen, gut beobachten.

Begrenzung des Klimawandels ist gleichbedeutend mit einer Reduzierung der Pro-Kopf-Emissionen auf zwei Tonnen im Jahr. In Sachsen liegen wir über 13, ein Anstieg auf mehr als 14 Tonnen ist durch die Inbetriebnahme des neuen Blocks in Boxberg kaum mehr aufzuhalten. Der sächsische Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels wird dann eine Reduktion von 85% der CO<sub>2</sub>-Emissionen sein müssen. An diesem Ziel muss sich die sächsische Politik messen lassen. Die von CDU und SPD geführte Staatsregierung hat bis heute nichts unternommen, um kurz- oder mittelfristig dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Sie macht nicht nur weiter wie bisher, sondern konterkariert noch die zaghafte Bemühungen der Bundesregierung beim Klimaschutz.

Statt weitere Zeit zu verschenken und klimapolitische Rhetorik ohne Folgen wie im Energieprogramm des Wirtschaftsministers zu verbreiten, muss der Freistaat sich schleunigst auf den Weg machen, eine weitgehende CO<sub>2</sub>-freie Zukunft zu planen. Dafür bedarf es eines massiven Ausbaus der Erneuerbaren Energien, Anreize für Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, eine Überprüfung der Netzstruktur, einer Verkehrswende und die Realisierung der Energieeffizienz- und Einsparpotentiale. Studien zeigen, es ist technisch machbar und bezahlbar, dass die Erneuerbaren Energien 100% unseres Bedarfs decken. Wir müssen uns auf den beschwerlichen Weg machen, dieses Ziel zu erreichen.

## **Milliardenschwere Fehlinvestitionen durch unmäßigen Ausbau der Tagebaue verhindern, denn in den genehmigten Tagebauen ist ausreichend Kohle vorhanden.**

In den bereits genehmigten Tagebauen Nochten und Reichwalde betragen die Kohlevorräte ca. 750 Mio. Tonnen. Der derzeitige Jahresbedarf der Kraftwerke in Boxberg beträgt 19 Mio. Tonnen und wird, wenn der neue Block im Jahr 2011 in Betrieb geht, auf ca. 24 Mio. Tonnen ansteigen. Die Versorgung der Kraftwerke durch die genehmigten Tagebaue ist damit weit über das Jahr 2030 hinaus, ohne dass neue Felder in Anspruch genommen werden müssen, gesichert.

Bis zum Jahr 2030 werden die Kraftwerksblöcke in Boxberg, befeuert mit der Braunkohle aus den genehmigten Tagebauen, das Klima mit über 500 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> belasten, wenn die Politik in Berlin und Dresden dem klimaschädlichen Treiben bis dahin keinen Einhalt gebietet.

## **Den ökologischen GAU für die Lausitz verhindern**

Die regionalen Klimaprognosen für die Lausitz sagen für die nächsten Jahrzehnte einen drastischen Rückgang der Niederschläge in der Region voraus, in den Sommermonaten ist mit einem Rückgang von über 30% zu rechnen. Wenn es weniger regnet, die Temperaturen und mit ihnen die Verdunstungsraten steigen, wird sich das Wasserproblem verschärfen.

Das Wasserdargebot in den Flüssen, die die Tagebaurestlöcher fluten, – Neiße, Spree und Schwarze Elster – wird weiter zurückgehen. Schon jetzt ist abzusehen, dass durch die sinkende Möglichkeit der Entnahme die Versauerung vorangetrieben wird. Der pH-Wertes des Wassers in einigen Braunkohlerestlöchern gleicht dem von Haushaltssessig.

Das Wasser in der Lausitz wird knapp. Die größte Gefahr geht dabei nach Ansicht der Wissenschaftler vom deutlichen Sinken des Grundwasserspiegels aus. Wenn mittelfristig die Versorgung mit Trinkwasser nicht gesichert ist, sollte man nicht über die Genehmigung neuer Tagebaue nachdenken!

Es ist an der Staatsregierung, die Folgen des Klimawandels für die Lausitz zum Anlass zu nehmen, Szenarien für ein mögliches Wassermanagement in der Lausitz zu beschreiben und umgehend Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Es droht, dass die gesamte Lausitz sich zu einer Steppenlandschaft wandelt, in der weder Land- noch Forstwirtschaft möglich ist. Flora und Fauna der Lausitzer Naturräume (Bergland, Gefilde, Heide- und Teichlandschaft) sind einem starken Veränderungsdruck ausgesetzt.

Alle Pläne zur weiteren Erschließung von Tagebauen in der Lausitz und damit die jahrzehntelange Fortsetzung der Verstromung erlauben vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Folgen des Klimawandels nur eine Bewertung: Ökologischer Wahnsinn.

## **CO<sub>2</sub>-freies Kraftwerk als Lösung?**

Wenn die Kohlevorräte in den genehmigten Abbaugebieten bis über das Jahr 2030 hinaus reichen, steht die Frage, warum Vattenfall sich schon jetzt das Vorranggebiet in Nochten planungsrechtlich sichern will. Hofft man, die Kohle in CO<sub>2</sub>-freien Kraftwerken verfeuern zu können?

Wir sind skeptisch, ob die Abscheidung und anschließende Verpressung des CO<sub>2</sub> (Coal Storage und Capture, CCS) eine zukunftsfähige Innovation ist. Können die gigantischen Mengen an CO<sub>2</sub> (28 Mio. Tonnen pro Jahr in Sachsen derzeit) über Hunderte von Jahren leckagefrei gelagert werden? Hat der neue Kraftwerkstyp bei höheren Kosten und geringerem Wirkungsgrad eine Chance, sich auf dem Markt gegen die Erneuerbaren Energien durchzusetzen? Wer kommt für die Versicherung des verpressten CO<sub>2</sub> im Jahre 2500 auf? Legt Vattenfall entsprechende Rücklagen an?

Fragen, die in den nächsten Jahren zu beantworten sind. Zu verhindern ist, dass wir wieder einen Weg beschreiten, der unsere energetischen Probleme auf Kosten künftiger Generationen löst. Die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomenergie sind genug Ballast. Weiteren sollten wir nicht produzieren.

Nach übereinstimmenden Aussagen von Konzernvertretern, Braunkohlewirtschaft und Forschern wird das erste CO<sub>2</sub>-freie Kraftwerk nicht vor dem Jahre 2020 zur Verfügung stehen. Durch die Erfahrungen mit dem Versuchskraftwerk und den bodenkundlichen Untersuchungen wird man bereits ab 2015 wissen, ob die technischen Probleme lösbar sind. Genug Zeit also, dann noch einmal darüber nachzudenken, ob und welche Flächen bergbaulich in Anspruch genommen werden sollten.

Auch dann ist aber zu bedenken, dass jede bergbauliche Maßnahme einen irreversiblen Eingriff in den Naturhaushalt darstellt. Der übermäßige Ausstoß von CO<sub>2</sub> ist nicht das einzige Problem, das der Braunkohletagebau verursacht.

### **Den Wettbewerb stärken und gestalten, um die Klimaziele zu erreichen und zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien für die Menschen in der Lausitz zu schaffen**

Der Deutsche Bundestag hat das Treibhausgasemissionshandelsgesetz so kohlefreundlich gestaltet, dass die Betreiber sich in der nächsten Handelsperiode (2008 bis 2012) über eine volle Auslastung ihrer Kraftwerke und weiterhin satte Gewinne freuen können. Die Energieversorger planen bis zu 30 neue Kraftwerke auf Basis von Stein- und Braunkohle zu bauen. Sir Nicolas Stern, Ex-Chefvolkswirt der Weltbank, nennt in seinem Bericht für die britische Regierung den Klimawandel als „größtes Marktversagen aller Zeiten“ und fordert nachdrücklich dazu auf, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> mit einem gerechten, d. h. in Relation zu den Umweltschäden stehendem Preis zu belegen.

Weil 90% der Verschmutzungszertifikate verschenkt und Kohlekraftwerke 72 bevorzugt werden, zahlen die Verursacher des Klimawandels nur ein Bruchteil der Umweltkosten, für die sie Verantwortung tragen. CDU und SPD im Bundestag haben es versäumt, im Rahmen der nächsten CO<sub>2</sub>-Handelsperiode den Wettbewerb der Stromerzeuger unter den Bedingungen des Klimaschutzes zu organisieren. Peinlich für uns Sachsen: CDU und SPD aus dem Freistaat haben im Gesetzgebungsverfahren den Weitblick von Kirchturmspolitiker bewiesen, als sie gegen die Vorschläge von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesumweltminister Gabriel votierten und die Position von Vattenfall 1:1 übernahmen.

Die Privilegierung der Kohle kann aber nicht ewig währen, denn der Bau neuer Kohlekraftwerke verträgt sich nicht mit dem Klimaschutzziel einer Reduktion der Treibhausgase von 30 oder 40% bis zum Jahre 2020. Großkraftwerke mit einer spezifischen Emissionsbelastung von 750 Gramm oder und mehr pro erzeugter Kilowattstunde passen nicht zu einer Politik, die eine globale Herausforderung durch internationale Abkommen meistern muss.

Über kurz oder lang gibt es deshalb keinen anderen Weg, als der Braunkohle die Kosten

aufzuerlegen, die sie verursacht. Wir fordern: Emissionszertifikate müssen ab der ersten Tonne diskriminierungsfrei unter den verschiedenen Anbietern der Stromerzeugung versteigert werden. Das ist der marktwirtschaftliche Weg zur Begrenzung des Klimawandels. Und wir sagen voraus: Verantwortliche Politikerinnen und Politiker werden sich ihm auf Dauer nicht verschließen können.

Wenn die Kosten, die Vattenfall heute der Allgemeinheit auferlegt, zukünftig in die betriebswirtschaftlichen Rechnungen eingehen müssen, bekommt die Braunkohle ein massives Wettbewerbsproblem: Auch deshalb lehnen wir die Inanspruchnahme jeden weiteren Quadratmeter Bodens für die Braunkohle ab, denn die Frage ist offen, ob Braunkohle in 20 Jahren noch ein wettbewerbsfähiger Energieträger ist.

Arbeitsplätze sind nicht durch neue Tagebaue und neue Kohlekraftwerke zu schaffen, sondern durch Entwicklung neuer Technologien, die es ermöglichen, aus regenerativen Rohstoffen, sowie aus Wind, Sonne und Erdwärme unseren Energiebedarf zu decken. Dadurch könnte gerade die Lausitz zu einem Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien werden und die dort entwickelten Technologien dann auch exportieren.

### **Den rigorosen Ausverkauf von Ressourcen stoppen „Solidarität mit den Sorben“ - die Verwüstung der Lausitzer Heimat verhindern und endlich Verantwortung für die Menschen der Lausitz übernehmen**

Der Energiekonzern Vattenfall Europe AG hat beim zuständigen Regionalen Planungsverband Oberlausitz/Niederschlesien beantragt, das Planungsverfahren zur Vergrößerung des Tagebaues Nochten zu eröffnen. Im Vorranggebiet Nochten liegen Braunkohlevorräte in der Größenordnung von 300 Millionen Tonnen. Bedroht durch die Inanspruchnahme sind 1.450 Menschen in 540 Haushalten im Kirchspiel Schleife (in den Ortschaften Rohne, Mühlrose und Mulchwitz sowie in der Gemeinde Trebendorf). Allein in Trebendorf wären 500 Menschen betroffen, was fast 50 % der derzeitigen Bevölkerung der Gemeinde bedeutet. 46 Gewerbebetriebe mit ca. 250 Arbeitsplätzen fielen ebenfalls der Umsiedlung anheim. Auch die KiTa „Milenka“ oder der unlängst mit viel bürgerschaftlichem Engagement wiederaufgebaute „Njepila-Hof“ in Rohne als historischer Lernort sind Zentren sorbischer Kultur und Brauchtumpflege. Sie würden den Baggern zum Opfer fallen. Das alles ist eine reale Bedrohung für die eigenständige und nur in der nachbarschaftlichen Geschlossenheit zu erhaltene Kultur- und Sprachregion der evangelischen Sorben des Schleifer Kirchspiels.

Das Schicksal der Einwohner und der Umgang mit einer jahrhundertealten sorbischen Siedlungskultur – das sind für den Konzern nur wirtschaftliche Größen. Als vorläufig größter Arbeitgeber in der Region mit besten Verbindungen in die Politik kann Vattenfall auf eine große Unterstützung der Entscheidungsträger setzen und mögliche Bedenkenräger mit Geld ruhig stellen. In der Hoffnung auf weitere exorbitante Gewinne lässt man sich den Zugriff auf die Kohle einiges kosten.

Die DOMOWINA bekräftigte unlängst ihre Position, dafür einzutreten, dass das betreffende Vorranggebiet im Braunkohleplan gestrichen und auf alle weiteren Pläne verzichtet wird, die zur Abaggerung der eingangs genannten Gemeindeteile führen würden. Nur so kann die dauerhafte Existenz dieser Dörfer der einmaligen Schleifer sorbischen Kulturregion gesichert werden. Sachsens GRÜNE solidarisieren sich mit diesen Bemühungen und stellen sich an die Seite der Sorben dieser Region. Wir werden lokale und regionale Aktionen gegen die Abaggerung nach Kräften unterstützen. Die Regierenden in Sachsen werden sich daran messen lassen müssen, wie ehrlich sie es wirklich meinen mit den Verfassungszielen vom Schutz, der Förderung und den garantierten Entwicklungsmöglichkeiten der sorbischen Minderheit.

Wir lehnen die Pläne des Energieversorgers ab und fordern den Regionalen Planungsverband und die Staatsregierung auf, keinen weiteren Quadratzentimeter sächsischen Bodens mehr der Braunkohle zu opfern. Die planungsrechtliche Sicherung des Vorranggebietes Nochten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt energiewirtschaftlich unnötig, wäre angesichts der ökologischen Herausforderung durch den Klimawandel eine Bankrotterklärung und würde einzig und allein den privatwirtschaftlichen Interessen von Vattenfall dienen.

Darum kann es nur heißen: „Keinen weiteren Quadratzentimeter Lausitzer Bodens mehr für die Braunkohle und Vattenfall!“

### **Solidarität mit Brandenburg**

Noch weitaus schlimmeren Raubbau an der Natur als in Sachsen will Vattenfall in Brandenburg betreiben. Nach einer Studie der TU Clausthal wird in Brandenburg erwogen, zusätzlich weitere sieben Tagebaue zu erschließen. 33 Orte wären von der Abaggerung und knapp 8.000 Menschen von einer Umsiedlung betroffen. Und auch in Brandenburg scheinen SPD und CDU wild entschlossen, dem Energieversorger jeden Wunsch zu erfüllen – was immer auch für Umweltschäden entstehen.

Durch eine Volksinitiative wollen Umweltverbände und der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die dortige Landesregierung zwingen, den geordneten Rückzug aus Braunkohletagebau und -verstromung anzutreten. Wir solidarisieren uns mit der Initiative unserer brandenburgischen Freundinnen und Freunde.

### **Perspektiven für eine nachhaltige Energie-Region schaffen**

Die Entscheidung gegen den Klimakiller Braunkohle als zukünftigen Energieträger ist keine Entscheidung gegen die Menschen, die mit Erwerbsarbeit im Tagebau ihre Existenz sichern müssen. Vielmehr wollen wir diesen Menschen eine wirkliche und langfristige Perspektive bieten – so, wie es zum Beispiel in vielen Solar- und Biokraftwerken schon der Fall ist. Deshalb fordern wir die Länder Brandenburg und Sachsen auf, Weiterbildung und Anpassungsfortbildungen an der BTU in Cottbus, an der Hochschule Zittau/Görlitz (FH), an der FH Lausitz (Senftenberg/Cottbus) zu fördern sowie das Centrum für Energietechnologie Brandenburg (CEBra) weiter auszubauen, um damit den Grundstein für eine nachhaltige Energie-Region in der Niederlausitz zu schaffen.